Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen
CDU-Stadtratsfraktion
SPD-Stadtratsfraktion

Änderungsantrag

zur Sitzung des Werkausschusses der Kommunalen Datenzentrale Mainz
am 6. November 2025

Der unter TOP 5 vorliegende Antrag wird wie folgt geändert:

1. Um Abhängigkeiten von Softwareherstellern zu reduzieren, wird der vermehrte Einsatz von Open-Source-Software in der Verwaltung angestrebt.

2. Software-Beschaffungsverfahren sollen künftig so gestaltet werden, dass Open-Source-Anwendungen mindestens gleichberechtigt Berücksichtigung finden. Außerdem sollen bei der Markterkundung von Softwareprodukten künftig auch Open-Source-Produkte eine stärkere Rolle spielen.

3. Verwaltung und Werkleitung werden beauftragt, künftig bei Vergabevorlagen darzulegen, ob es sich a) bei dem zu beschaffenden Produkt um eine Open-Source-Software handelt und b) welche Open-Source-Software im Vergabeverfahren eine Rolle gespielt hat und warum diese nicht als vergabewürdig erachtet worden sind.

Die Begründung wird durch die nachfolgende Begründung ersetzt:

Der zunehmende Digitalisierungsdruck in der öffentlichen Verwaltung erfordert nachhaltige, sichere und wirtschaftliche IT-Lösungen. Der verstärkte Einsatz von Open-Source-Software (OSS) kann hierzu einen wichtigen Beitrag leisten.

1. Unabhängigkeit und digitale Souveränität

Die Nutzung von Open-Source-Lösungen stärkt die digitale Selbstbestimmung der Stadt Mainz.
Im Gegensatz zu proprietären Systemen ist die Stadt nicht von einzelnen Herstellern oder Lizenzmodellen abhängig.
Quelloffene Software ermöglicht es, Systeme langfristig selbst oder durch lokale IT-Dienstleister zu betreuen und anzupassen – auch wenn Anbieter ihre Produkte einstellen oder Geschäftsbedingungen ändern.

2. Wirtschaftlichkeit und Nachhaltigkeit

Open Source bietet ein erhebliches Einsparpotenzial bei Lizenz- und Folgekosten.
Gleichzeitig werden Investitionen in lokale IT-Kompetenz, statt in Lizenzgebühren, gelenkt.
Durch den gemeinsamen Einsatz und Austausch mit anderen Kommunen können Synergien entstehen, z. B. über kommunale Open-Source-Initiativen oder den Open Source Business Alliance e.V.

3. Sicherheit und Transparenz

Da der Quellcode offenliegt, ist Open-Source-Software besser überprüfbar und auditierbar. Sicherheitslücken können durch eine große Entwicklergemeinschaft schneller entdeckt und geschlossen werden.
Gerade im kommunalen Umfeld, wo Datenschutz und IT-Sicherheit höchste Priorität haben, ist diese Transparenz ein großer Vorteil.

4. Förderung von Innovation und Interoperabilität

Open Source ermöglicht flexiblere Schnittstellen und offene Standards, wodurch Datenaustausch und Zusammenarbeit zwischen Ämtern, Fachverfahren und anderen Kommunen erleichtert werden.
Dies stärkt die Fähigkeit, neue digitale Services zu entwickeln und bestehende Systeme besser zu integrieren.

5. Beitrag zur lokalen Wertschöpfung und Fachkräftesicherung

Der Einsatz und die Weiterentwicklung von Open-Source-Software schaffen Chancen für regionale IT-Dienstleister und Start-ups, die individuelle Anpassungen oder Support anbieten können.
Damit bleibt Know-how in der Region und fördert die Attraktivität des Standorts Mainz für IT-Fachkräfte.

6. Politische und gesellschaftliche Verantwortung

Open Source steht für Transparenz, Teilhabe und Nachhaltigkeit – Werte, die auch für die öffentliche Verwaltung von zentraler Bedeutung sind.
Viele Städte und Länder (z. B. München, Hamburg, Schleswig-Holstein, Frankreich, Barcelona) gehen diesen Weg bereits erfolgreich.
Die Stadt Mainz kann sich hier anschließen und ein Zeichen für offene, bürgernahe und zukunftsfähige Digitalisierung setzen.